

Gesundheit

A photograph of an elderly woman with white hair and glasses, wearing a light-colored quilted jacket, sitting in a blue wheelchair. She is smiling and looking towards a woman in a white lab coat who is standing and talking to her. The background shows a building and some greenery.

Qualität dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt die Begehrlichkeiten und die Prämien laufend steigen. Um dieser Entwicklung Einhalt bieten zu können, sind Fehlanreize im heutigen System zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Vorwand der Gesundheitsförderung ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.

Überregulierter Gesundheitsbereich

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben wird. Ein weiterer Ausbau des Staates in diesem Bereich würde die Kostenentwicklung nicht bremsen, sondern die Situation verschlimmern.

Ausufernder Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Im wachsenden Angebot und der steigenden Nachfrage ist es schwierig geworden, nein zu sagen. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkasko mentalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.

Teurer Präventionswahn

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Alleine das BAG kostet mittlerweile über 3 Milliarden Franken jährlich. Das Budget dieses Bundesamtes, in dem fürstliche Durchschnittslöhne von 135'000 Franken jährlich bezahlt werden, soll bis 2021 um jährlich über 100 Mio. Franken wachsen. Begründet wird dieses massive Ausgabenwachstum unter anderem mit den immer zahlreicheren Regulierungen, deren Einhaltung zu kontrollieren sei – Regulierungen übrigens, die just vom BAG selber eingeführt worden sind. Die Gesundheitsfunktionäre des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fliesst in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollorgane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie heute bereits den Wettbewerb behindern und Fehlanreize schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kantone eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle

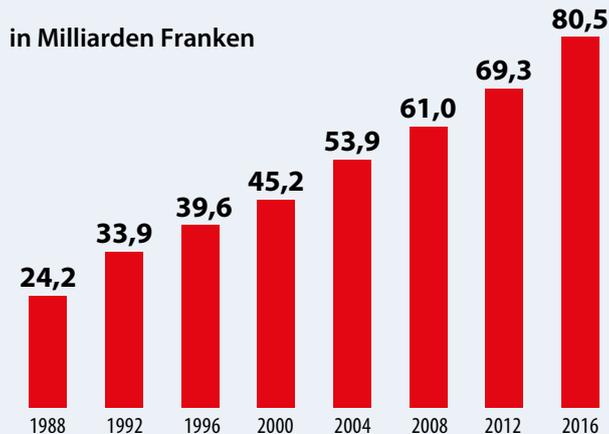
der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollenteilung und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbstständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Gesundheitskosten laufen aus dem Ruder

Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP

8,8 9,4 9,7 9,8 11,0 10,2 11,1 12,2

in Milliarden Franken



Quelle: BFS

Eigenverantwortung stärken

Wettbewerb und Vertragsfreiheit müssen auch im Gesundheitswesen als Grundprinzipien wirken und daher gestärkt werden. Die Eigenverantwortung der Versicherten, d.h. auch deren Kostenbeteiligung, muss erhöht und eine übertriebene Anspruchshaltung verhindert werden. Das persönliche Verhältnis und die daraus abgeleiteten direkten Verantwortlichkeiten zwischen Arzt und Patient, zwischen Apotheker und Kunde oder auch zwischen Versicherung und Versichertem müssen im Vordergrund stehen. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierten Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheiden im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden soll. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausgerichtete Ausbildung, sagt aber nichts über die Qualität zu Gunsten der Patienten aus. Es braucht eine Stärkung der verschiedenen praxisorientierten Pflegeausbildungsberufe. Zudem ist die Ausbildung des einheimischen Ärztenachwuchses zu fördern.

Standpunkte

Die SVP ...

- steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen, das eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten zu stärken;
- fordert die konsequente Vermeidung von überflüssigen Leistungen, um das Prämienwachstum zu bremsen;
- setzt sich für die Vertragsfreiheit zwischen Krankenversicherungen und Leistungserbringern ein;
- setzt sich dafür ein, dass Behandlungsfehler nicht vom Patienten bzw. Prämien- und Steuerzahler, sondern von den Verantwortlichen bezahlt werden;
- fordert die Anpassung der frei wählbaren Franchisen der KVG-Grundversicherung zur Stärkung der Eigenverantwortung;
- setzt sich dafür ein, dass bei ambulanten Praxis- oder Spitalbesuchen für jeden neuen Behandlungsfall ein Selbstkostenanteil in bar erhoben wird;
- verlangt, dass «Sans-Papiers» und abgewiesene Asylbewerber nicht der obligatorischen Krankenversicherung, inkl. Prämienverbilligung, unterstellt sind, sondern nur im Notfall versorgt werden;
- wehrt sich gegen fragwürdige und teure Behördenkampagnen unter dem Deckmantel der Prävention;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab;
- bekämpft den Pflegenotstand, indem sie sich dafür einsetzt, dass in der Langzeitpflege verstärkt Nachbarschaftshilfe, Verwandtenunterstützung, Freiwilligenarbeit und innovative Pflegeformen einbezogen und mit steuerlichen Anreizen gefördert werden;
- setzt sich für steuerliche Anreize ein, damit die Pflege am Lebensende selbst gewählt und eigenverantwortlich finanziert werden kann;
- bekämpft die Bürokratie im Gesundheitsbereich, damit wieder mehr Zeit den Patienten gewidmet werden kann;
- setzt sich dafür ein, dass stationäre und ambulante Behandlungen einheitlich finanziert werden;
- setzt sich ein für eine rasche landesweite Einführung des elektronischen Patientendossiers, um die damit verbundenen Effizienzgewinne zu Gunsten der Prämien- und Steuerzahler zu nutzen;
- fordert, dass die Krankenkassenprämien der Grundversicherung vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden können;
- unterstützt das Ziel, dass die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht stärker anwachsen als die Löhne der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- ✓ als Versichertem bezahlbare Krankenkassenprämien;
- ✓ als Bewohner einer Randregion Gesundheitsversorger in der Umgebung;
- ✓ als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.